



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

20. Sitzung (öffentlich)

18. Oktober 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 19:15 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung lehnt der Ausschuss den Antrag von Johannes Remmel, die Sitzung wegen der unbefriedigenden Raumsituation in einen anderen Saal zu verlegen, mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

1

Der Ausschuss kommt überein, unter TOP 1 eine Aktuelle Viertelstunde mit dem Titel „Vergiftete Zimtsterne im Handel – Was tut der Verbraucherminister dagegen?“ durchzuführen.

1 Aktuelle Viertelstunde

Thema: „Vergiftete Zimtsterne im Handel – Was tut der NRW-Verbraucherminister dagegen?“

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) trägt vor (ergänzend siehe Vorlage 14/755 vom 6. November 2006).

Landtag Nordrhein-Westfalen	II	APr 14/272
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		18.10.2006
20. Sitzung (öffentlich)		mr-ad
		Seite

2 Stellenabbau in der Forstverwaltung – Folgen der von der Landesregierung geplanten Veränderungen

Bericht der Landesregierung

Und:

Kein Kahlschlag in der Forstverwaltung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2584

13

Der Geschäftsordnungsantrag von Johannes Remmel, TOP 2 heute von der Tagesordnung abzusetzen, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Minister Eckhard Uhlenberg berichtet.

Das Ministerium beantwortet weitere Fragen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, zu diesem Thema eine Anhörung durchzuführen.

3 Aktueller Stand Zum Thema: Gammelfleisch

Bericht der Landesregierung

Und

Qualitätsfleisch nur durch faire Arbeitsbedingungen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2094

47

StS Dr. Alexander Schink (MUNLV) trägt vor.

Der SPD-Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/272
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		18.10.2006
20. Sitzung (öffentlich)		mr-ad
		Seite

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlagen 14/593 und 14/653

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz 62

Der SPD-Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Die abschließende Beratung des Haushalts wird am 8. November 2006 stattfinden.

5 Aktuelle Entwicklung: PFT in der Umwelt

Bericht des Ministers für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 66

Minister Eckhard Uhlenberg erstattet Bericht.

Nächste Sitzung: 8. November 2006

Landtag Nordrhein-Westfalen - 62 -
 Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
 Landwirtschaft und Verbraucherschutz
 20. Sitzung (öffentlich)

APr 14/272
 18.10.2006
 mr-ad

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
 der Landesregierung
 Drucksache 14/2300

Vorlagen 14/593 und 14/653

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
 Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorsitzende Marie-Luise Fasse weist darauf hin, dass die abschließende Beratung zum Haushalt am 8. November 2006 stattfinden werde.

Friedhelm Ortgies (CDU) führt aus, im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen, im Interesse der Konsolidierung, im Interesse der Zukunftsfähigkeit, im Interesse zukünftiger Generationen werde man dem Haushalt in seiner Gesamtsumme zustimmen. Einige Änderungsanträge kleinerer Art werde man rechtzeitig im Haushalts- und Finanzausschuss stellen.

Svenja Schulze (SPD) fragt, ob die Änderungsanträge nur im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert werden sollten.

Friedhelm Ortgies (CDU) antwortet, wenn sie im Haushalts- und Finanzausschuss vorlägen, könnten sie auch hier diskutiert werden.

Svenja Schulze (SPD) erinnert an den letzten Haushalt. Die Anträge der Koalitionsfraktionen seien nur im Haushalts- und Finanzausschuss und nicht im Fachausschuss diskutiert worden. Sie halte es für besser, das im Fachausschuss zu tun.

Sie wolle den Haushalt kurz aus Sicht der SPD bewerten. Es habe sich gegenüber dem letzten Haushalt nichts verändert. Es sei kein eigenes Verständnis von Naturschutzpolitik der Regierung erkennbar. Der Haushalt gebe keine Antworten auf den Klimawandel, auf steigende Energiekosten und auf die wichtigsten Naturschutzfragen. Es werde aber ganz deutlich, dass sich in diesem Haushalt eine ideologische Auseinandersetzung widerspiegle. Minister Uhlenberg sei angetreten, das Königreich Hohn zu schleifen. Das werde erneut deutlich. Die, die keine Lobby hätten, würden deutlich geschwächt: Verbraucherinnen und Verbraucher; Umweltschutz; kleinere und mittlere Landwirte; all das, was den Namen Bio trage – der Begriff Bio scheine dem Minister zuwider zu sein –; Firmen, die auf Nachhaltigkeit und Effizienz setzten, und dafür einen Anschlag, die Unterstützung des Landes, brauchten.

Im Mittelpunkt stehe die Marktfähigkeit der Landwirtschaft im globalen Markt – das habe man hier schon mehrfach diskutiert –, international konkurrenzfähiges Agrobusiness. Dass dabei die Umwelt nur störe, werde in diesem Haushalt wieder deutlich. Die Qualität der Umweltpolitik – das habe man letztes Mal ausführlich diskutiert – zeige sich dar-

in, dass man aus dem Umweltetat jetzt Umweltauflagen für ein großes Investitionsprojekt wie den Flughafen Münster-Osnabrück zahlen wolle. Der Kahlschlag, der im letzten Haushalt in der Naturschutz- und der Umweltpolitik begonnen worden sei, werde fortgesetzt. Man werde das im Plenum ausführlicher diskutieren. Trotzdem wolle sie zwei, drei Punkte nennen.

Beim Posten „Nachhaltiges Wirtschaften“ würden Mittel gestrichen. 2006 seien 12,5 % gestrichen worden, und 2007 würden nochmals 20 % eingespart. Wahrscheinlich sei der Posten im nächsten Haushalt gar nicht mehr zu finden. Davon seien vor allem die Effizienzagentur und Projekte im Bereich der Umwelttechnologie betroffen. Sie verstehe nicht, dass die CDU auf der einen Seite einen großen Parteitag zum Thema Umwelt durchführe, und wenn es um konkrete Hilfen für die Unternehmen gehe, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, werde genau dieser Topf gestrichen. Das zeige, dass die CDU das eine sage und das andere tue.

Nachhaltige Entwicklung: Die Titelgruppe werde von 1,6 Millionen € auf 680.000 € zusammengestrichen. Es würde sie interessieren, was überhaupt noch an Förderung übrig bleibe und was wegfalle. Aus diesem Topf seien die lokalen Agenda 21-Projekte gefördert worden. Gestern habe Minister Laschet auf einer Veranstaltung noch gelobt, wie gut der lokale Agenda 21-Prozess in Nordrhein-Westfalen laufe, und jetzt würden die Mittel gestrichen. Das treffe vor allem die Arbeit in den Kommunen. Dieser Haushalt habe sowieso die Kommunen aufs Korn genommen und streiche dort massiv.

Es werde wieder bei der Verbraucherzentrale gestrichen. Der Ansatz gehe von 13,73 Millionen €, die SPD und Grünen 2005 angesetzt hätten, auf 10,76 Millionen € zurück. In Sonntagsreden werde immer wieder gesagt – auch vom Ministerpräsidenten –, welche wichtige Rolle die Verbraucherzentrale spiele. – Die Verbraucherzentrale prüfe neue Finanzierungsprojekte. Dafür brauche sie aber Zeit. Trotzdem werde wieder gestrichen. Auch hier werde öffentlich das eine gesagt, und wenn es konkret werde, werde das andere getan.

(Karl Kress [CDU]: Ursache und Wirkung! Sie haben uns in die Verschuldung geführt!)

Dann müsse man auch sagen, Verbraucherarbeit sei einem egal; das Geld werde gestrichen. Bei großen Veranstaltungen werde aber das Gegenteil gesagt.

Man habe im Parlament ausführliche Debatten zum Kleingartenwesen geführt. Jetzt werde dieser Ansatz fast halbiert, und es stünden nur noch 270.000 € zur Verfügung. Das, was gesagt werde, passe auch hier nicht zu dem, was getan werde.

Dieser Haushalt bestätige die Schieflage des letzten Haushalts. Ausführlicher werde sie das plenar darstellen. Die CDU veranstalte mit viel Brimborium einen Parteitag zur Umwelt, und wenn es konkret werde, wenn es um den Haushalt gehe, geschehe genau das Gegenteil.

Die SPD werde nicht versuchen, die komplette Schieflage dieses Haushalts über viele kleine Änderungsanträge geradezurücken. Es sei Aufgabe der Regierungsfractionen, das zu verantworten. Denn es gehe nicht nur um diesen Haushalt, sondern um den Gesamthaushalt, den man durch kleine Änderungsanträge nicht mehr heilen könne.

Holger Ellerbrock (FDP) mokiert sich über die Kaskade von vorgefertigten Textbausteinen, die Svenja Schulze heruntergebetet habe. Er wolle Heinrich Kemper zitieren, der gesagt habe, dieser vom Umweltminister vorgelegte Haushalt sei die Antwort auf die Erblast, die Rot-Grün hinterlassen habe. – Dem sei nichts hinzuzufügen.

Er könnte einfach sagen, die Strukturprobleme des Ruhrgebiets und die Umweltprobleme seien darin begründet, dass jahrzehntelang eine verfehlte Strukturpolitik zugunsten mitbestimmter Großunternehmen in der Schwerindustrie eine innovative Forschungslandschaft im Ruhrgebiet verhindert habe. Eine solche Debatte wolle er aber allen ersparen.

Es sei ein wesentliches Missverständnis, das Ehrenamt – er halte es hoch und wolle es unterstützen – mit öffentlicher Alimentation gleichzusetzen.

Wer Agendaprozesse mitgemacht habe, wisse, dass dies oft eine audiovisuelle Körperverletzung sei. Teilweise gehe es um elitäre Zirkel, die unter völliger Verkennung der Realität Themenkreise behandelten, die mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun hätten. Dort einzusparen, treffe auch auf seine Zustimmung.

Es sei kein Zeichen guter Umweltpolitik, wenn im Umwelthaushalt am wenigsten gekürzt werde. Alle hätten eine Gesamtverantwortung. Man habe Schwerpunkte. Man bewege sich im Spannungsfeld zwischen sozial, ökonomisch und ökologisch. Auch das Umweltministerium habe im Sinne der Gesamtverantwortung eine Erblast von mehr als 113 Milliarden € Schulden mit einer täglichen Zinszahlung von 13 Millionen € übernommen. Ein „Weiter so!“, wie dies klientelbezogen über Jahrzehnte geschehen sei, sei unverantwortlich und eine Versündigung an den Kindern. Deswegen müsse auch das MUNLV schmerzhaft Eingriffe vornehmen, die niemandem Spaß machten. – Auch er sei in der Lage wie Svenja Schulze, Sprechblasen zu bilden. Das könne man gerne im Plenum machen.

Johannes Remmel (GRÜNE) verweist darauf, dass man die große Haushaltsdebatte im Plenum führen werde; in der nächsten Sitzung werde man die Anträge beraten. In den Grundzügen könne er sich den Ausführungen von Svenja Schulze anschließen, ohne sie wiederholen zu wollen. Er beschränke sich auf vier Fragen:

Erstens. Zur Haushaltsposition Flughafen Münster/Osnabrück interessiere ihn der Stand der Dinge, ob das Notifizierungsverfahren in Brüssel abgeschlossen sei. Das spiele eine maßgebliche Rolle für den Haushaltsansatz. Er wolle auch gerne wissen, wie der Vollzug des aktuellen Haushalts 2006 an der Stelle aussehe. Der Abgeordnete erkundigt sich, in welcher Größenordnung die schon etatisierten Mittel bereits verausgabt worden seien.

Zweitens. Der Stellungnahme der Verbraucherzentrale zur Anhörung habe er sinngemäß entnommen, dass es eine Verständigung mit dem Ministerium über eine etwas längerfristige Absicherung gegeben habe. Er bitte, dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben, in welcher Form eine Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale stattgefunden habe und wie die langfristige Absicherung der Finanzierung gestaltet sei.

Drittens. Hierbei beziehe er sich auf mehrere Fragestellungen. Seines Erachtens müsse der Haushalt ergänzt werden. Ihn interessiere, wann das erfolgen werde: vor den Ausschussberatungen oder danach. Das sei entscheidend für die Frage, ob aus dem Kreise des Ausschusses Änderungsanträge gestellt werden müssten oder ob die Landesregierung das übernehme. Das betreffe insbesondere die Tierseuchenkasse. Aus seiner Sicht sei im Haushaltsentwurf nicht abgebildet, was im Gesetz zur Verwaltungsreform auf den Weg gebracht worden sei.

Eine weitere Frage sei die Ressortierung der Dezernate 50 der Bezirksregierungen bei der Landesanstalt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz – LANUV.

Die Stellen für Lebensmittelkontrolleure müssten neu etatisiert werden, also im Stellenplan ausgewiesen und mit entsprechenden Finanzen ausgestattet werden.

Im Zusammenhang mit PFT würden Sanierungsmaßnahmen stattfinden, die ebenfalls etatisiert – wo? – werden müssten.

Viertens. Ausdrücklich wolle er kritisieren – davor habe er schon im letzten Jahr gewarnt –, dass mit dieser Operation, der der Umweltminister gegenüber dem Finanzminister zugestimmt habe, letztlich eine Aufgabenschwächung stattfinde. Hier wolle er insbesondere die Altlasten ansprechen. Die Zahlungen aus dem GFG seien in den Haushalt übernommen worden. Es habe eine massive Kürzung der Altlastensanierung um über die Hälfte gegeben. Genau das habe er befürchtet, dass es zu Kürzungen komme, wenn der Schutzschild der kommunalen Finanzierung weg sei, und das erlebe man zu einem Zeitpunkt, zu dem man das Geld für die Altlastensanierung dringend benötige.

StS Dr. Alexander Schink nimmt zu den verschiedenen Punkten Stellung:

Altlastensanierung: Es treffe zu, dass nach dem Haushaltsansatz der Betrag von 6,87 Millionen € im Jahre 2006 auf 3,85 Millionen € reduziert werde. Hier sei aber eine Verdopplung des Betrags über eine EFRE-Kofinanzierung der EU vorgesehen.

Johannes Remmel habe einige Haushaltsergänzungen angesprochen: Tierseuchenkasse, die zukünftige Ressortierung der Dezernate 50 der Bezirksregierungen bei der LANUV, Lebensmittelkontrolleure und Sanierungsverfahren für PFT.

Es werde eine Ergänzungsvorlage gebe, in der sich die Punkte Tierseuchenkasse, Ressortierung der Dezernate 50 bei der LANUV und Lebensmittelkontrolleure wiederfänden.

Was die PFT-Sanierung angehe, habe man zunächst davon abgesehen, entsprechende Mittel im Haushalt zur Verfügung zu stellen. Denn in diesem Fall sei eine Verursacherhaftung gegeben, die zunächst ausgeschöpft werden müsse.

Außerdem habe der Hochsauerlandkreis für die aktuelle Sanierung der Fläche Brilon-Scharfenberg eine Anmeldung beim gesetzlichen Klärschlammfonds durchgeführt. Man sei der Überzeugung, dass dieser Antrag erfolgreich sein werde, weil es sich dabei um die Folgen einer Klärschlammausbringung aus industrieller Produktion handle. In dem

Düngemittel sei Klärschlamm aus industrieller Produktion enthalten gewesen. Darauf komme es nach Einschätzung des Ministeriums an.

Diese Verfahren seien zunächst auszuschöpfen, ehe das Land Nordrhein-Westfalen dafür finanzielle Mittel zur Verfügung stelle. Wenn die gerade angedeuteten Finanzierungsmöglichkeiten – es gebe noch einige andere – nicht greifen würden, werde das Land Nordrhein-Westfalen sicherlich in Überlegungen eintreten, wie eine Mitfinanzierung erfolgen könne. Dies sei aber nicht heute, sondern zu einem späteren Zeitpunkt zu regeln.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wann gibt es die Ergänzungsvorlage?)

Die Ergänzungsvorlage sei am 30. Oktober im Kabinett und werde dann in den Landtag eingebracht.

Zum Thema Verbraucherzentrale habe der Abgeordnete auf die Stellungnahme der Verbraucherzentrale hingewiesen. Es sei richtig, es habe im Auftrag des MUNLV mit der Arbeitsebene des Ministeriums und der Geschäftsführung der Verbraucherzentrale eine Verständigung darüber gegeben, wie bis 2010 die institutionelle Förderung und die Projektförderung ausgestaltet sein sollten. Dazu sei vom MUNLV noch keine Erklärung abgegeben worden; diese Vorlage müsse zunächst in die politische Diskussion. Sie liege jetzt ihm – Schink – und dann dem Minister vor. Man werde sich auch mit der politischen Spitze dieses Hauses verständigen müssen.

Es sei gefragt worden, ob das Beihilfeverfahren zum Flughafen Münster/Osnabrück in Brüssel schon abgeschlossen worden sei. Dies sei nicht der Fall. Daraus erkläre sich auch, dass in diesem Jahr Mittel nicht abgeflossen seien und für das Haushaltsjahr 2007 nur eine 1 Million € zur Verfügung gestellt werde, weil man nicht davon ausgehe, dass der Gesamtbetrag bereits 2007 abfließen werde.

5 Aktuelle Entwicklung: PFT in der Umwelt

Vorsitzende Marie-Luise Fasse teilt mit, Minister Uhlenberg habe gebeten, dem Ausschuss zeitnah über die aktuelle Entwicklung zu PFT berichten zu dürfen.

Minister Eckhard Uhlenberg trägt vor:

Ich habe diesen Ausschuss kontinuierlich über die aktuelle Entwicklung zur Umweltbelastung mit PFT unterrichtet und möchte dies heute fortsetzen. Ich habe Sie zuletzt in der Sitzung am 23. August 2006 informiert und einen ausführlichen schriftlichen Bericht vorgelegt. Das Plenum habe ich am 13. September 2006 ergänzend informiert. Heute gebe ich Ihnen einen Überblick über die Entwicklung seither.

1. Aktuelle Untersuchungsergebnisse

Die Untersuchungen von Gewässern, Böden und Pflanzen im Einzugsgebiet der Möhne werden planmäßig fortgesetzt. Dabei wird bei den Bodenuntersuchungen ein besonderes Augenmerk auch auf die mögliche Verlagerung der Schadstoffe in

